



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/03/one-year-on-from-protests-gaza-civilians-devastating-injuries-highlight-urgent-need-for-arms-embargo-on-israel/>

PRESSEMITTEILUNG

28.März 2019, 15:10 UTC

Israel / Gazastreifen:

Ein Jahr nach Beginn der Proteste bezeugen die verheerenden Verletzungen von Zivilisten aus dem Gazastreifen die dringende Notwendigkeit eines Waffenembargos gegen Israel

Wie Amnesty International am heutigen 28. März 2019 erklärte, leiden ein Jahr nach Beginn der [Proteste zum Großen Rückkehrmarsch im Gazastreifen](#) Tausende von Zivilisten weiterhin unter den verheerenden Konsequenzen skrupelloser israelischer Vorgehensweisen, für die niemand zur Rechenschaft gezogen wird. Im Kontext der Proteste wurden durch die israelischen Truppen nach Angaben des Büros zur Koordination Humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen zwischen dem 30. März 2018 und dem 22. März 2019 [195 Palästinenser getötet, darunter 41 Kinder, und 28.939 verletzt](#).

Amnesty International fordert Israel auf, nicht auf übermäßige Gewaltanwendungen zurückzugreifen, wenn am Samstag dem 30. März 2019 die Demonstrationen stattfinden, die den ersten Jahrestag der Proteste markieren und von Israel fordern, seine rechtswidrige Blockade gegen den Gazastreifen zu beenden und palästinensischen Flüchtlingen die Rückkehr in das Land zu erlauben, von dem sie vor mehr als 70 Jahren vertrieben wurden.



„Das schockierende Ausmaß und die horrende Art der zu Behinderungen führenden Verletzungen, die israelische Soldaten palästinensischen Protestierenden aus dem Gazastreifen im letzten Jahr beigebracht haben, lassen vermuten, dass Israel die Strategie verfolgt, Zivilist*innen ganz bewusst zu verstümmeln.“

Saleh Higazi, Deputy Middle East and North Africa Director at Amnesty International

Bis zum Ende des Jahres 2018 waren im Gazastreifen an den Veranstaltungsorten der Proteste mehr als 6.000 Palästinenser*innen durch scharfe Munition verletzt worden. Laut einem im März veröffentlichten [Bericht](#) der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen, die eingerichtet wurde, um Menschenrechtsverletzungen nachzugehen, die im Kontext der Proteste verübt wurden, mussten mindestens 122 Verletzten – darunter 21 Kindern – aufgrund ihrer Wunden Gliedmaßen amputiert werden.

*„Das schockierende Ausmaß und die horrende Art der zu Behinderungen führenden Verletzungen, die israelische Soldaten palästinensischen Protestierenden aus dem Gazastreifen im vergangenen Jahr beigebracht haben, lassen vermuten, dass Israel die Strategie verfolgt, Zivilist*innen ganz bewusst zu verstümmeln,“* sagte Saleh Higazi, der stellvertretende Leiter der Abteilung Nahost und Nordafrika bei Amnesty International.

„Viele, die von den israelischen Streitkräften angeschossen wurden, haben lebensverändernde Wunden davongetragen, die auf Jahre hin tiefgreifende körperliche und psychologische Narben mit sich bringen. Diese verheerenden Verletzungen und der fortlaufende Beschuss von Protestierenden zeigen die dringende Notwendigkeit eines weltweiten Waffenembargos, dass gegen den Staat Israel verhängt werden muss.“

Der Bericht der Untersuchungskommission [bestätigte Amnesty Internationals Erkenntnis](#), dass zahlreiche Tötungen von Palästinenser*innen durch israelische Truppen bei den Protesten gegen das internationale humanitäre Völkerrecht verstoßen haben. Der Bericht *„fand berechtigte Gründe für die Annahme, dass israelische Sicherheitskräfte palästinensische Demonstrant*innen getötet und verstümmelt haben, die keine direkte Bedrohung mit dem Tod oder mit ernsthaften Verletzungen für andere darstellten, als auf sie geschossen wurde“* – darunter auch Minderjährige, Sanitäter, Journalisten und behinderte Personen.

Wie der Bericht unterstreicht, waren 80% der 6.106 Verletzungen, die mit scharfer Munition verursacht wurden, auf die unteren Gliedmaßen gerichtet. Außerdem lag die Anzahl der Personen, denen aufgrund von Verletzungen, die sie während der Proteste zum Großen Rückkehrmarsch erlitten hatten, ein Körperteil amputiert werden musste, höher als während des gesamten Israel-Gaza-Konfliktes im Jahr 2014. Ärzte aus dem Gazastreifen teilten Amnesty International ferner mit, dass viele der schwerwiegenden Verletzungen, die sie behandelten, wie typische Kriegsverletzungen aussahen.

Militärexperten und forensischen Pathologen, die die von Amnesty International beschafften Fotos der Verwundungen eingehend analysierten, stimmten überein, dass viele der von den Ärzten im Gazastreifen behandelten Wunden Verletzungen entsprachen, wie sie von militärischen Hochgeschwindigkeitswaffen herbeigeführt werden, etwa durch die in Israel hergestellten Tavor Sturmfeuerwaffen oder durch die in den USA produzierten M24 Remington Scharfschützengewehre, die häufig mit zusammen einer 7.62mm Jagdmunition verwendet werden. Diese spezielle Art der Munition dehnt sich beim Einschlag im Inneren des getroffenen Körpers aus und verbreitet sich dann explosionsartig.



“Die dringende Notwendigkeit, dass die Regierungen der Welt – inklusive der USA und der EU-Staaten – ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel verhängen, könnte nicht klarer sein.”

Saleh Higazi, Deputy Middle East and North Africa Director

“Die Politik der israelischen Truppen, bei Protesten auf tödliche Gewalt zurückzugreifen und Waffen zum Einsatz zu bringen, die dazu gedacht sind, Protestierenden, medizinischen Helfern und Journalisten, die für sie keine echte Bedrohung darstellten, einen möglichst großen Schaden zuzufügen, ist schlicht ein Verbrechen,“ so Saleh Higazi.

„Die israelischen Behörden legen immer wieder eine kaltschnäuzige Geringschätzung für das Leben der Menschen im Gazastreifen an den Tag. Die dringende Notwendigkeit, dass die Regierungen der Welt – inklusive der USA und der EU-Staaten – ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel verhängen, könnte nicht klarer sein. Die Staaten sind verpflichtet, die Genfer Konventionen aufrechtzuerhalten, indem sie die Lieferung von Waffen aussetzen, die zu Israels Verletzungen des Internationalen Humanitären Völkerrechts beitragen könnten.“

Die USA sind der Hauptwaffenlieferant des Staates Israel und haben sich verpflichtet, dem Land über die nächsten 10 Jahre Militärhilfen in Höhe von 38 Milliarden US-\$ (ca. 34 Milliarden Euro) bereitzustellen. Andere Länder – darunter EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich, Deutschland, Italien und Großbritannien – haben ebenfalls umfangreiche Lieferungen von Militärausstattung an Israel freigegeben. Obwohl Israel eine erschreckende Bilanz der Nutzung militärischer Waffen für Verstöße gegen das Internationale Völkerrecht aufweist, genehmigten EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2017 militärische Warenlieferungen an Israel im Wert von 758 Millionen Euro. Lediglich zwei der Anträge auf eine Lieferlizenz wurden nicht bewilligt, und von diesen beiden ist nur einer aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Beachtung internationaler Menschen- und Völkerrechtsnormen abgelehnt worden.

Amnesty International [ruft auch dazu auf](#), die Empfehlungen des Berichts der Untersuchungskommission umzusetzen. Demnach sollte die israelische Regierung insbesondere *„die Blockade des Gazastreifens mit sofortiger Wirkung aufheben“* und unparteiisch *„alle mit Protesten in Zusammenhang stehenden Tötungen und Verletzungen in Einklang mit internationalen Standards“* untersuchen, *„um festzustellen, ob hierbei etwa Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden, und um die hierfür verantwortlich Befundenen zur Rechenschaft ziehen zu können.* Die Vereinten Nationen ihrerseits sollten ebenfalls Informationen über mutmaßliche Täter von Verbrechen gegen das Internationale Völkerrecht zusammentragen und diese an die *„nationalen und internationalen Justizmechanismen und auch an den Internationalen Strafgerichtshof“* weiterleiten.